

Jürgen Staab im Interview über Energiegenossenschaften und den geplanten Windpark bei Bad Orb



Auf der Windvorrangfläche zwischen Bad Orb und Jossgrund sollen Windkraftanlagen entstehen (großes Bild). Jürgen Staab (kleines Bild) findet, dass die Bürger sich daran beteiligen sollten. Symbolbild/foto: dpa/privat

Energiewende mit Graswurzelbewegung

Unser Mantra ist: Wenn man ein Windrad von zu Hause aus sieht, muss man sich daran beteiligen können.

Ich behaupte: Es gibt keine Immobilienwertverluste durch Windräder.

Zur Person Jürgen Staab

Bad Orb/Jossgrund (nh). Seit 4. September läuft das Bieterverfahren für die Windvorrangfläche „2-304“ zwischen Bad Orb und Jossgrund. Der Verein Gegenwind Bad Orb hatte zuletzt ein düsteres Bild gezeichnet, falls an dieser Stelle Windkraftanlagen entstehen sollten. Jürgen Staab, Vorstand und Gründungsmitglied der Energiegenossenschaft Main-Kinzigtal spricht im GNZ-Interview darüber, wie Bürger von der Windenergie profitieren können und wie so der Eingriff in die Natur aus seiner Sicht nicht so gravierend ist, wie von Gegenwind dargestellt.

GNZ: Herr Staab, Sie sind unter anderem Vorstandsmitglied der Energiegenossenschaft Main-Kinzigtal. Können Sie uns zunächst kurz erklären, wie diese Energiegenossenschaft funktioniert?

Jürgen Staab: Die Organisationsform stammt aus dem Genossenschaftsrecht, was wiederum aus dem Vereinsrecht kommt. Ich fühle mich auch eher als „Vereinsmeier“ als als Unternehmer. Wir haben uns auf die Fahnen geschrie-

ben, die Bürgerbeteiligung an erneuerbaren Energien in der Region herzustellen. Wenn Sie als Bürger sich beteiligen wollen, können Sie zehn Anteile einzahlen. Das entspricht 1 000 Euro und ist der Mindest- und gleichzeitig der Höchstbetrag. Der Vorteil ist, dass Mitglieder von uns immer zuerst informiert werden, wenn neue Beteiligungen möglich sind. Wenn ein Projekt nicht alleine durch die Mittel der Mitglieder finanzierbar ist, müssen wir Fremdmittel aufnehmen. Einmal im Jahr gibt es eine Generalversammlung, zu der alle Mitglieder eingeladen sind. Dort macht der Vorstand einen Vorschlag zur Ausschüttung, über den die Versammlung dann entscheidet. Dabei hat jedes Mitglied, unabhängig von der Anzahl der Anteile, das gleiche Stimmrecht. Die drei Organe der Genossenschaft sind der Aufsichtsrat, der Vorstand und die Generalversammlung. Unser Mantra ist: Wenn man ein Windrad von zu Hause aus sieht, muss man sich daran beteiligen können. Das schafft auch eine ganz andere Verbundenheit mit den Anlagen.

In welchen Bereichen ist die Energiegenossenschaft Main-Kinzigtal tätig?

Am Anfang haben wir mit kleineren Photovoltaikanlagen auf Hausdächern begonnen. Nach zwei Jahren haben wir das erste Windrad im Windpark „Vier Fichten“ installiert. Zwei Jahre später folgte in Wallroth das zweite Windrad. 2016 haben wir die viertgrößte PV-Dachanlage in Deutschland finanziert. Insgesamt haben wir Anlagen für Wind- und Sonnenenergie in Höhe von 20 Millionen Euro finanziert. Davon sind rund 15 Millionen als Fremdkapital bei Banken aufgenommen worden, weil die Konditionen in den vergangenen Jahren günstig waren. Die restlichen 5 Millionen Euro stammen aus Einnahmen der Genossenschaftsmitglieder. Insgesamt haben wir 430 Mitglieder, überwiegend aus der Region.

Wie läuft der Prozess ab, wenn Sie sich als Genossenschaft an einem Projekt beteiligen wollen?

Wir können tatsächlich nicht selbst planen. Am Beispiel von der Windvorrangfläche zwischen Bad Orb und Jossgrund schreibt Hessen-Forst die Flächen aus und kann alleine bestimmen, wer den Zuschlag erhält. Wir bewerben uns im Beiboot mit den Projektierern, die uns ansprechen. Hessen-Forst hat einen Kriterienkatalog, nach dem sie den Sieger der Ausschreibung bestimmen. Dabei spielt auch das Kriterium Bürgerbeteiligung eine Rolle.

Kommen wir zur „Windvorrangfläche 2-304“ zwischen Bad Orb und Jossgrund. In einer Pressemitteilung schreibt der Verein Gegenwind Bad Orb, dort könnten „dutzende von Windrädern errichtet werden“. Halten Sie das für realistisch?

Ich möchte mich nicht auf eine genaue Anzahl festlegen, aber wir befinden uns in Gesprächen mit verschiedenen Projektierern. Mein letzter Stand ist der, dass wir von zehn bis zwölf Windrädern ausgehen können.

Weiter schreibt Gegenwind, dass die bis zu 250 Meter hohen Anlagen „bis nach Frankfurt strahlen“.

Die Höhe ist richtig. Dass sie bis nach Frankfurt zu sehen sind, kann ich mir nicht vorstellen. Man wird die Windräder in den anliegenden Ortschaften sehen können. Um genaue Aussagen darüber treffen zu können, muss man sich allerdings Simulationen anschauen. Man wird sie sehen, an bestimmten Punkten mehr, an bestimmten Punkten weniger. Daraus habe ich nie einen Hehl gemacht: Windräder sieht man, und sie bewegen sich.

Gegenwind schreibt, jede Anlage verbraucht über 10 000 Quadratmeter Waldfläche.

Das ist nicht der Fall. Jedes Windrad hat ein Fundament. Das ist beispielsweise bei den Windrädern der Anlage „Vier Fichten“ 3,15 Meter tief an der tiefsten Stelle. Das Fundament besteht aus zwei Drahtkörben, die in eine Vertiefung eingelassen und mit Beton ausgefüllt werden. Die Fundamentfläche ist versiegelt. Für den Kran gibt es außerdem einen Ausleger, für den eine Schneise gebraucht wird, um das Gegengewicht zu platzieren. Die Fläche wird allerdings nicht versiegelt. Außerdem müssen wir Ausgleichsmaßnahmen durchführen und es muss wieder aufgeforstet werden. Alle Flächen, die nicht unbedingt gebraucht werden, werden wieder begrünt.

Der nächste Punkt, den Gegenwind kritisiert, ist der Einfluss der Anlagen auf das Trinkwasser. Wie bewerten Sie das?

Eine Trinkwasserbeeinflussung in Form von Windrädern könnte ich mir nur vorstellen, wenn ein Windrad sehr viel Öl verliert. Bei jedem Hausbau gibt es solche Eingriffe in das Erdreich, bei größeren Gebäuden gehen die Eingriffe noch viel tiefer. Bei den Windrädern sind es zwischen 3 und 3,50 Meter, das ist kellertief. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das einen Einfluss auf das Trinkwassersystem hat. Das müsste Gegenwind belegen.

Der letzte Punkt von Gegenwind ist der Schaden für Kur und Touristik in Bad Orb, falls die Windräder gebaut werden.

Ich behaupte: Es gibt keine Immobilienwertverluste durch Windräder. Das wird immer wieder kolportiert, aber nicht nachgewiesen. Was noch wichtig ist: Ein Windrad braucht 150 Genehmigungen, bevor es steht. Alles wird abgeprüft.

Ein Punkt, der immer wieder in Diskussionen um die erneuerbaren Energien aufkommt, ist: Was passiert, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint?

Das ist der sogenannte „Blackout“. Durch Statistiken hat man festgestellt, dass diese Phasen tatsächlich existieren. Beispielsweise im Februar gibt es relativ

wenig Wind, auch die Sonne scheint nicht stark. Diese Phasen sind allerdings relativ kurz und dauern nicht, wie früher kolportiert, zwei Wochen. Es geht meistens um einige Stunden. Die lassen sich durch entsprechende Maßnahmen abfangen, etwa durch den Ausbau der Speichertechnologie. Es gibt Überlegungen, Biogasanlagen deutschlandweit zusammenzuschließen, um eine Grundlastfähigkeit zu erreichen. Dazu kommt noch Wasserstoff, mit dem wiederum Strom oder Wärme hergestellt werden kann. Wir sind da auf einem guten Weg.

Thema Energiespeicher: Sind wir in diesem Bereich momentan schon gut aufgestellt oder braucht es einen weiteren Ausbau?

Das muss erheblich ausgebaut werden. Mit der Förderung von Wallboxes und Solarstrom sind wir auf einem guten Weg, das betrifft allerdings eher einen kleinen Teil der Bevölkerung. Ich hätte mir gewünscht, dass beispielsweise eher kleinere Lösungen finanziert werden. Zusammengefasst müssen wir an vielen verschiedenen Stellschrauben gleichzeitig drehen. Mit Balkonmodulen oder Wasserstoff allein kann nicht der gesamte Strombedarf abgedeckt werden. Dafür braucht es eine Graswurzelbewegung, die auch durch Energiegenossenschaften vorangetrieben wird. Wir müssen die Energiewende im Kleinen und im Großen vorantreiben. Das ist komplex, aber ich bin optimistisch, dass wir das hinkriegen.

Jürgen Staab ist 56 Jahre alt und studierter Volkswirt. Im Jahr 2010 gründete er gemeinsam mit Mitstreitern die Energiegenossenschaft Main-Kinzigtal mit Sitz in Biebergemünd. Seit Sommer 2019 ist er außerdem Vorstandsvorsitzender des Landesnetzwerks Bürger-Energiegenossenschaften Hessen (LaNEG Hessen e.V.), in dem sich insgesamt 30 Energiegenossenschaften zusammengeschlossen haben.

Aus den acht größten Genossenschaften in der Region ist Staab aktuell dabei, eine hessische Zentralgenossenschaft mit dem Namen Hessische Zentralenergie EG zu gründen. Die EG soll sich dann mit größeren Projekten wie etwa der Übernahme von Windparks beschäftigen. /nh